

Berlin. 14.07.2005

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

hektisch haben die politischen Parteien an ihren Wahlprogrammen gearbeitet. Die Steuerpolitik bildet einen wichtigen Schwerpunkt. Die leeren Kassen machen es den Politikern schwer, mit Wahlversprechungen in den Wahlkampf zu ziehen, die Geld kosten. Jeder Politikerin und jedem Politiker muss klar sein, dass es keinerlei Experimente geben darf, die sich noch einmal negativ in den Kassen niederschlagen. Große Steuersenkungsversprechen entlarven sich von selbst als Propaganda.

Wenn nun die SPD mit der Reichensteuer auf den Markt kommt, ist dies nur ein Mittel, um Wählerstimmen zu fangen. Von der „Millionärsteuer“ fühlen sich 95 % nicht betroffen und meinen deshalb emotional, dass der Plan richtig sei. Eine Millionärsteuer, die bei einem zu versteuernden Einkommen von 1 Mio. ansetzt, würde sich haushaltsmäßig kaum auswirken. Aus diesem Grund ist man schon auf ein zu versteuerndes Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 für Verheiratete heruntergegangen. Aber auch damit lassen sich allenfalls 1,5 Mrd. in die Kassen holen, was keinen Haushalt saniert.

Dem FDP-Steuermodell kann man zwar bescheinigen, dass es in sich stimmig ist, aber ein Wunschtraum bleiben muss, weil die damit verbundenen Steuerausfälle schlichtweg nicht zu verkraften sind. Auch hier wird dem Wahlvolk etwas vorgegaukelt, was später nicht realisiert werden kann.

Schwer tut sich die CDU/CSU mit ihrem Steuerpaket. Eine Mehrwertsteuererhöhung ist wenig attraktiv. Wir halten sie für falsch, weil der Binnenmarkt weiter Schaden nimmt. Auch das Umsteuern der Erträge in das Gesundheitssystem und zur Senkung der Lohnnebenkosten ist falsch, weil hier Finanzierungen vermischt werden. Wenn man einmal damit beginnt, Gesundheitskosten über Steuern zu finanzieren, ist der Damm gebrochen.

Gegen Steuervereinfachungen hatte die DSTG noch nie Einwände, wenn sie tatsächlich Vereinfachungen sind. Aus der Erfahrung heraus wissen wir leider, dass Vieles, was als Vereinfachung gepriesen worden ist, sich in der Realität als weitere Erschwernis herausgestellt hat. Solche „Vereinfachungen“ kann die Steuerverwaltung nicht gebrauchen.

Bündnis 90/Die Grünen haben auf ihrem Wahlparteitag die Anhebung des Spitzensteuersatzes beschlossen. „Rein in die Kartoffeln – raus aus den Kartoffeln“, die Anhebung des Spitzensteuersatzes ist für die „Grünen“ allerdings konsequent. Sie waren in der Koalitionsregierung bei diesem Punkt Kompromisse eingegangen. Die Maßnahmen gegen Steuerflucht sind dann folgerichtig. Mit der Abschaffung des Splittingverfahrens liegen Bündnis 90/Die Grünen auf verfassungsrechtlich problematischem Kurs.

Leider ist in den Wahlprogrammen nichts davon zu lesen, dass Anstrengungen unternommen werden, Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen oder den Umsatzsteuerbetrug einzudämmen. Vermeintlich sind das keine Botschaften, mit denen man Wahlen gewinnen kann und dennoch hätten die ehrlichen Steuerzahler Anspruch darauf, dazu von politischer Seite etwas zu hören. Bei dem Schuldenstand und bei der Lage der öffentlichen Haushalte wäre es das erste Gebot, all jene an die Kasse zu holen, die sich bisher erfolgreich vorbeidrücken. Will die Politik dies etwa nicht? Oder traut sie sich dies nicht zu sagen? Beides wäre schlimm für unser Gemeinwesen.

*Mit kollegialen Grüßen*

*Dieter Ondracek*

*DSTG Vorsitzender*